



Europa schafft neuen CO₂-Ausgleich



Der Bericht aus Berlin
von **Volker Heck**

Jochen Flasbarth, Staatssekretär und Strategie-Mastermind im Bundesumweltministerium, hat ein klares Ziel: Bis Ende 2020 soll unter deutscher Ratspräsidentschaft Klarheit geschaffen werden über den „EU New Green Deal“. Zugleich soll die Europäische Union ihr Klimaschutzminderungsziel für 2030 von 40 Prozent auf mindestens 55 bis 60 Prozent erhöhen. Das geht nur, wenn Länder wie Deutschland ihr jetziges 2030er Ziel von 55 Prozent auf 65 bis 70 Prozent erhöhen und europaweit die Preise für CO₂ steigen. Ähnliche Forderungen stellen **Die Grünen** wie auch die im Herbst wieder auf die Straße gehenden Demonstranten von **Fridays for Future**. Während der Vorarbeiten zum Europäischen Corona-Wiederaufbaufonds hat der französische Präsident **Emmanuel Macron** Bundeskanzlerin **Angela Merkel** grundsätzlich für die Idee eines steuerlichen CO₂-Ausgleichs an den EU-Außengrenzen gewinnen können. Ein solcher Mechanismus wäre zwingend notwendig, um bei höheren Klimaschutzzielen Wettbewerbsnachteile für die europäische Industrie zu vermeiden. Importe energieintensiver Produkte würden be- und Exporte entlastet. Diesen Mechanismus konform mit den Regeln des Welthandels auszugestalten, ist jedoch schwierig, wie der frühere VDA-Präsident **Matthias Wissmann** dieser Tage in einem Webinar der Berliner Kanzlei WilmerHale erläuterte. Sein Ratschlag ist ein Weckruf: Die betroffenen Industriebranchen müssen dringend die laufenden Anhörungen bei Bundesministerien sowie EU-Kommission nutzen, um erhebliche neue Friktionen für ihre Mitgliedsunternehmen zu vermeiden. Denn bereits Anfang 2023, so die klaren Vorstellungen von EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** und EU-Klimakommissar **Frans Timmermans**, soll der neue Mechanismus in Kraft gesetzt werden. ◀

Volker Heck ist Managing Partner bei Deekeling Arndt/AMO. Davor war er Kommunikationschef von RWE.